

STADT UND LAND (4)

# Die Romandie tickt homogener

Der Stadt-Land-Graben ist vor allem ein Deutschschweizer Phänomen

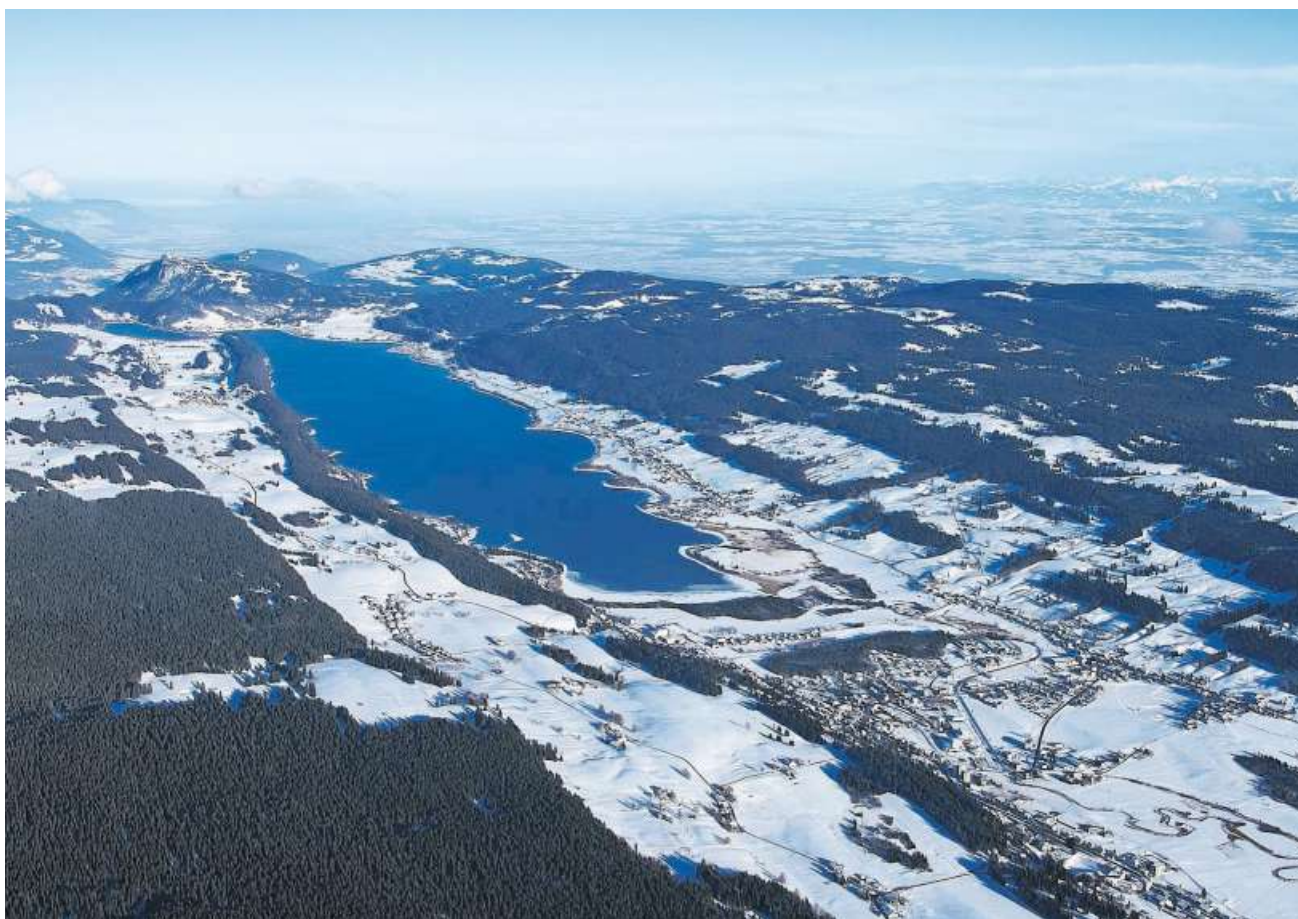
Die Polarisierung zwischen Stadt und Land ist in der Romandie viel schwächer als in der Deutschschweiz. Weshalb das so ist, zeigt ein Besuch in der Waadtländer Peripherie.

ANDREA KUCERA, LE CHENIT

Das Vallée de Joux entspricht dem Idealtyp von Abgeschiedenheit und Dorfidyll: 7000 Menschenseelen leben in zwölf Streusiedlungen über das Waadtländer Hochtal verteilt. Beim Anblick der schneebedeckten Tannen und des spiegelglatten Lac de Joux schaltet jeder Städter automatisch einen Gang hinunter. Am Dorfeingang weist ein Schild den Weg zur Molkerei, im Zentrum befinden sich Beiz, Metzger, Gemischtwarenladen und Beck in Gehdistanz zueinander. Instinktiv sucht der Besucher nach Indizien, die auf die Präsenz der SVP hinweisen – in der Deutschschweiz die Landpartei schlechthin: ein Sünneli-Plakat an einem Scheunentor oder ein Konterfei eines lokalen SVP-Politikers vor dem Gemeindehaus. Doch weit gefehlt. Die SVP stellt im Gemeindeparlament von Le Chenit nur gerade drei von 60 Abgeordneten. Tonangebend sind hier oben FDP und SP. Und statt auf SVP-Plakate stösst man an der Hauptstrasse auf ein Büro der Gewerkschaft Unia und mitten im Nirgendwo auf eine Filiale der Personalvermittlungsfirma Adecco. Land ist nicht gleich Land.

## Progressive Landbevölkerung

Wer einen Blick wirft auf die Raumtypologien des Bundesamtes für Statistik (BfS), verliert sich rasch in einem Begriffsdschungel von suburban, periurban, rural bis agrarindustriell. Unterschieden wird unter anderem zwischen Peripheriezentren, Arbeitsplatzgemeinden und Wegpendlergemeinden. Und doch liegt im Allgemeinen nur leicht daneben, wer plakativ behauptet, dass ausserhalb der urbanen Zentren die SVP das Sagen habe, während die Städte in rot-grüner Hand seien. Aus dieser Dichotomie resultiert der Stadt-Land-Graben, der fast jeden Abstimmungssonntag manifest wird: Die urbanen Hipster sind gegen die Masseneinwanderungsinitiative, für den Atomausstieg und für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung. Die wertkonservative Landbevölkerung votiert für das Minarettverbot, gegen Mieterschutzvorlagen und gegen eine Verschärfung des Waffengesetzes. Doch aufgepasst: Was für die Deutschschweiz gilt, lässt sich nur bedingt auf die französischsprachige Schweiz übertragen. Der Anteil der



Im Vallée de Joux mit seinen Streusiedlungen leben 7000 Menschen.

ZELLWEGGER / VALLEE DE JOUX TOURISMUS

Volksabstimmungen seit 1980, bei denen es zu einer Polarisierung zwischen den Grossstädten und den ländlichen Gemeinden kam, ist in diesem Landesteil weitaus schwächer. Das geht aus dem Buch «Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz» von Werner Seitz, dem Leiter der Sektion Politik, Kultur, Medien beim BfS, hervor. Mit anderen Worten: Die Romandie tickt politisch homogener. Um das zu verstehen, lohnt sich der Abstecher ins Vallée de Joux.

Ein viel gehörtes Argument lautet, die Romandie sei städtischer als die Deutschschweiz. In der Tat ist der Anteil der Bevölkerung, der in den Kernstädten lebt, in der Westschweiz leicht höher (31 Prozent) als in der Deutschschweiz (27 Prozent), wie Seitz errechnet hat. Aus diesem feinen Unterschied eine unterschiedliche politische Gesinnung abzuleiten, wäre aber überstürzt. Vielmehr ist es die französischsprachige Landbevölkerung, die weniger konservativ abstimmt als ihr Deutschschweizer Pendant. Und das hat auch mit dem industriellen Charakter des Jurabogens zu tun.

Kurz nach dem Verlassen des Zentrums von Le Sentier, das zu Le Chenit gehört, taucht auf der rechten Strassen-seite ein riesiges, langgezogenes Gebäude

auf – die Manufaktur von Jaeger-Le Coultre. 1200 Angestellte fabrizieren hier auf knapp 1000 Metern über Meer in Handarbeit Uhrwerke und Zifferblätter. Nach dem Verpackungshersteller Bobst ist Jaeger-Le Coultre der zweitwichtigste

## STADT UND LAND

In eidgenössischen Abstimmungen sind Stadt-Land-Gräben häufiger geworden, und auch sonst reiben sich die beiden Milieus. Die NZZ befasst sich mit den Hintergründen dieses Gegensatzes.

NZZ nzz.ch/schweiz

Arbeitgeber in der Waadtländer Industrie. Ausserdem sind im Vallée de Joux präsent: Audemars Piguet, Patek Philippe, Blancpain und Bulgari, um nur eine Handvoll weiterer Vertreter der Haute Horlogerie zu nennen. Das Stelldichein der Uhrenhersteller hat dem Hochtal den Namen «Watch Valley» eingebracht. Zehn Prozent des Waadtländer Bruttoinlandsproduktes werden hier erwirtschaftet.

«Hinter dem ländlichen Dekor verbirgt sich eine städtische Infrastruktur»,

sagt Nicolas Rochat Fernandez. Der 35-jährige SP-Politiker vertritt das Vallée de Joux seit zehn Jahren im Grossen Rat der Waadt. Seine politischen Sporen hat er sich als Gewerkschaftssekretär in Le Sentier abverdient. «Industrielle Tradition = starke Gewerkschaften = starke Linke» – so lautet hier oben die Gleichung. Dieselbe Logik gilt für den gesamten Jurabogen. «Man findet vergleichbare ländliche und doch industrialisierte Regionen in Norditalien und Frankreich, nicht aber in der Deutschschweiz», sagt der Genfer Politogeograf Bernard Debarbieux. «Dort ist die Industrie im Umkreis der mittelgrossen Städte angesiedelt.»

## Klassenkämpferische Kräfte

Nun besteht die Westschweiz freilich nicht nur aus dem Jura. In der Tat konnten sich aber fast überall in der Romandie klassenkämpferische Kräfte halten. Die Arbeiterpartei POP, die aus der kommunistischen Partei entstanden ist, verfügt in Le Locle und La Chaux-de-Fonds, aber auch in Lausanne und Renens über Sitze in der Exekutive, und in der Person von Denis de la Reussille stellt sie auch einen Nationalrat. Der Politologe Seitz vermutet, dass dies mit der politischen

Kultur der Romandie sowie dem Antikommunismus zu tun hat, der während des Kalten Kriegs in der französischsprachigen Schweiz nicht annähernd so verbreitet war wie in der Deutschschweiz.

Und dann wäre da auch noch die Verkehrspolitik, die in der Westschweiz nur bedingt entlang der Stadt-Land-Grenze polarisiert. Ob es daran liegt, dass die Städter in der Romandie weniger auto-kritisch ticken als diejenigen in der Deutschschweiz? Auch in Lausanne und Genf wird der Ruf nach Einschränkung des Individualverkehrs und Ausbau des ÖV lauter. Aber es finden keine gehässigen Kleinkriege statt wie anderswo zwischen Städtern, welche das Leben ohne Auto zum Nonplusultra erklären, und Leuten aus dem Umland, die den Besitz eines Personewagens zum Grundrecht hochstilisieren. Überhaupt sind die Begriffe Stadt und Land, Zentrum, Agglomeration und Umland in der Romandie nicht so stark emotional aufgeladen. Wer aufs Land zieht, wird in der kollektiven Wahrnehmung nicht gleich als Landei abgestempelt. Und wer sich im Stadtzentrum niederlässt, erhält nicht umgehend das Etikett Hipster umgehängt.

## Die Mühen der SVP

Die These sei gewagt, dass das homogenere Wahl- und Abstimmungsverhalten auch mit der schwächeren Durchdringung der Westschweizer Gesellschaft durch die SVP zu tun hat – womit wir wieder beim Thema Dorfidyll wären: Das von der Volkspartei zur ultimativen Swissness hochstilisierte Landleben, das mit dem Bekenntnis zu Wilhelm Tell und dem Argwohn gegenüber allem Fremden einhergeht, kommt in der Westschweiz auch ausserhalb der urbanen Zentren weniger gut an. Die meisten Westschweizer Kantone waren unter deutschsprachiger Herrschaft, bevor sie der Eidgenossenschaft als eigenständige Einheiten beitraten. Um es mit den Worten der Genfer Historikerin Irène Herrmann auszudrücken: «Kein Romand kann von sich behaupten, er stamme direkt von Tell ab.»

Interessanterweise gab es die tiefsten Stadt-Land-Gräben bei Abstimmungen zu Themen, welche die SVP besetzte, denn auch nicht in der Romandie, sondern in der Deutschschweiz. Man denke etwa an die erleichterte Einbürgerung der dritten Ausländergeneration (2017), an die Masseneinwanderungsinitiative (2014) oder an das Minarettverbot (2009). Bei all diesen Urnengängen waren sich etwa die Stadt Bern und das Obersimmental kaum je einig, während die Bewohner des Vallée de Joux im gleichen Lager wie die Leute aus Lausanne sassen. Land ist also definitiv nicht gleich «campagne».

BUNDESGERICHT

# Tschechische Republik erhält Millionen

Die Lausanner Richter anerkennen Prag in einem monströsen Betrugs- und Geldwäschereifall als Geschädigten

Lange wollten die tschechischen Behörden nichts wissen von den Schweizer Ermittlungen rund um einen Kohlekonzern. Jetzt haben sie Anspruch auf einen Teil der beschlagnahmten Gelder.

MARCEL GYR

Die Anklageschrift, welche die Bundesanwaltschaft (BA) 2011 nach mehrjährigen Ermittlungen erstellt hatte, umfasste mehr als 320 Seiten. Darin warf die Anklagebehörde den fünf Hauptbeschuldigten aus Tschechien vor, im Rahmen einer «wilden Privatisierung» den Kohlekonzern MUS (heute Czech Coal) förmlich ausgenommen zu haben. Der geschätzte Schaden beträgt insgesamt 1,050

Milliarden Franken, wie das Bundesgericht in mehreren Urteilen bestätigt, die am Freitag publiziert worden sind.

Einen Grossteil der Deliktsumme deponierten die tschechischen Betrüger und Geldwäscher auf über hundert verschiedenen Konten in der Schweiz. Von diesen Geldern konnte die BA 661 Millionen Franken beschlagnahmen. Während das Bundesgericht die Schuldsprüche und die Freiheitsstrafen, die gegen die fünf Täter verhängt wurden, in den aktuellen Urteilen weitgehend bestätigt, soll die Verteilung der beschlagnahmten Gelder in einem separaten Verfahren geregelt werden.

Bei dieser Verteilung kommt ein neuer Player ins Spiel: der tschechische Staat. Das ist bemerkenswert, weil die BA sich einst vergeblich darum bemüht hatte, die tschechischen Behörden dazu

zu bewegen, sich als Geschädigte zu konstituieren. Selbst als sich der Schweizer Botschafter persönlich darum bemühte, reagierten die tschechischen Behörden nicht. Prag stellte sich vielmehr auf den Standpunkt, im Zusammenhang mit der Privatisierung von MUS habe kein Verbrechen stattgefunden.

Erst als die tschechischen Medien Druck aufsetzten, meldete sich Prag doch noch bei der BA – doch da waren die Fristen bereits abgelaufen. In der Folge wies das Bundesstrafgericht mehrere Anträge ab, mit denen die Tschechische Republik doch noch als Partei zum Prozess zugelassen werden wollte. Nun hat aber das Bundesgericht eine Beschwerde gutgeheissen und anerkennt Prag als Geschädigten.

Trotz verspäteter Anmeldung müsse der tschechische Staat zugelassen wer-

den, da er Ansprüche auf Rückerstattung der beschlagnahmten Gelder gemacht habe, schreibt das Bundesgericht. Zu einem früheren Zeitpunkt hatte die BA den Schaden, der dem tschechischen Staat entstanden ist, auf rund 150 Millionen Franken geschätzt.

Was mit den restlichen Geldern passiert, ist offen. Ein beträchtlicher Teil dürfte in die Schweizer Staatskasse fliessen, wobei die Summe usungemäss nach einem Schlüssel zwischen dem Bund und den Kantonen verteilt wird. Gerichtlich entschieden wird das in einem nachträglichen, selbständigen Verfahren.

BG-Urteile 6B\_653/2014, 6B\_659/2014, 6B\_660/2014, 6B\_663/2014, 6B\_668/2014, 6B\_669/2014, 6B\_671/2014, 6B\_672/2014, 6B\_687/2014, 6B\_688/2014, 6B\_695/2014 vom 22. 12. 2017.

## IN KÜRZE

### Ehemaliger Fedpol-Chef Jean-Luc Vez gestorben

(sda) · Jean-Luc Vez, der frühere Chef des Bundesamtes für Polizei (Fedpol), ist am Donnerstag im Alter von 60 Jahren an einem Herzstillstand verstorben. Zuletzt und seit 4 Jahren war Vez am WEF in Davos für die operative Sicherheit zuständig. Davor hatte er 27 Jahre im Dienste der Eidgenossenschaft gestanden. Zwischen 2000 und 2014 war er Leiter des Bundesamtes für Polizei.

### Masern in der Schweiz auf dem Rückzug

(sda) · Etwas mehr als 100 Personen sind 2017 in der Schweiz an Masern erkrankt. Das sind zwar mehr als in den Vorjahren, aber weit weniger als in den nuller Jahren, als die Behörden noch 1000 bis 2000 Fälle der hochansteckenden Viruserkrankung pro Jahr registrierten.